



Euro-Kurzinformation

61. Ausgabe

im Februar 2018

☞ Europäische Bad Bank soll Probleme der faulen Kredite lösen

Nach Ansicht der in London angesiedelten Europäischen Bankenaufsicht (EBA) soll die EU eine Vermögensverwaltung in Form einer „Bad Bank“ gründen. Dies machte EBA-Chef Andrea Enria am Rande eines Seminars des Europäischen Abwicklungsmechanismus ESM am 30.01.2017 deutlich. Demnach sei ein solches Institut nötig, um den Banken eine Möglichkeit zu geben, ihre ausfallgefährdeten Kredite (sog. non-performing loans/NPL), die sich europaweit auf insgesamt 1000 Mrd. EUR belaufen, abzubauen. Gemäß den Ausführungen des EBA-Chefs soll solch ein Institut für die Verwaltung der notleidenden Forderungen mit Hilfe staatlicher Garantien gegründet, gleichzeitig aber auch Mittel privater Investoren eingeworben werden. Auf die neue EU-Einheit könnten die Banken dann ihre Problemkredite übertragen. Sollte das EU-Institut nach der Übertragung die Kredite über einen Zeitraum von drei Jahren nur mit Verlust verwerten können, müsste die Bank oder deren Staat den Fehlbetrag ausgleichen, nicht aber die übrigen EU-Länder, sodass eine Vergemeinschaftung der Risiken verhindert werde, so Enria. Ungeklärt sei allerdings die Finanzierung solch eines Instituts, da durch die Aufnahme von Problemkrediten von bis zu 250 Mrd. EUR entsprechende Mittel am Finanzmarkt aufgenommen werden müssten, die nur durch eine Rückendeckung des öffentlichen Sektors möglich seien.

Klaus Regling, Managing Director des ESM, antwortete auf diesen Vorschlag, dass die Stabilität der Banken und die Stabilität der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets hoch korrelierte Themen sind. Mehr grenzüberschreitende Bank- und Finanzmarktaktivitäten würden die Stabilität der EU-Wirtschaft erhöhen. Dies liegt daran, dass eine stärkere finanzielle Integration eine wirtschaftlichere Risikoteilung bedeuten würde. Europa hat seit der Krise enorme Fortschritte gemacht. Aber der eine Bereich, in dem die EU - und der Euroraum - immer noch hinter den USA zurückbleibt, ist das sog. Risk Sharing. Risk Sharing ist die Summe von Mechanismen, durch die ein Schock für die Wirtschaft eines Landes von anderen geteilt wird. Es trägt zur „Glättung“ von Konjunkturzyklen bei und macht Volkswirtschaften widerstandsfähiger gegen Schocks. In den USA werden die Schocks in viel stärkerem Maße ausgeglichen als in der EU und im Euroraum. Selbst in großen Ländern wie Deutschland und Frankreich sind Auswirkungen stärker entwickelt als im gesamten Euroraum. Wir müssen diesen Rückstand auffangen, denn eine stärkere „Risikoteilung“ würde die WWU robuster und ihre Wirtschaft widerstandsfähiger machen. Die Risikoteilung kann über verschiedene Kanäle erfolgen: fiskalische Kanäle oder über Finanzmärkte, in beiden Fällen handelt es sich um eine Vertiefung der finanziellen Integration. Je mehr Länder finanziell integriert sind, desto mehr Risiken werden sie teilen. Aus makroökonomischer Sicht dient eine Vertiefung der finanziellen Integration der verbesserten ökonomischen Absorption von Schocks.

Kommentar: Die Gratwanderung zwischen der Vermeidung von Vergemeinschaftung der Schulden und Lasten einerseits und die Generierung einer kollektiv verbesserten Schock-Stabilität stellt die aktuelle finanzpolitische Herausforderung für die Europäische Union dar!

☞ **Die Nachrücker, hier: Nadja Hirsch**

Alexander Graf Lambsdorff und Michael Theurer haben ihren Sitz im Europaparlament gegen einen Platz im Bundestag eingetauscht. Nachgerückt im EP sind Dr. Wolf Klinz (s. auch Euro-Kurzinformation Nr.15) und Nadja Hirsch. Beide waren bereits einmal im EP. Nadja Hirsch (39), ist nun Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament und Mitglied im Handels- und Auswärtigen Ausschuss. Die Münchnerin ist Diplompsychologin und Wirtschaftsmediatorin. 2017 gründete sie Coachoo, ein Startup, das Online-Coaching für Frauen anbietet, die auf dem Weg zu ihrer ersten Führungsposition sind oder bereits Führungserfahrung haben.

Die von der Kommission geforderte Beschleunigung der EU-Beiträge von sechs Ländern des Westbalkans hält Nadja Hirsch für überhastet und sieht alle Seiten überfordert:

„Die Kommission muss endlich verstehen, dass EU-Beitrittsprozesse keine formaljuristischen Standardverfahren sind. Einerseits brauchen wir bei den Beitrittsländern den breiten Willen von Politik und der Bevölkerung, die Standards der EU erfüllen zu wollen. Andererseits brauchen wir auch die Bereitschaft der Menschen, eine Erweiterung der EU mitzutragen. Diese Bereitschaft sehe ich aktuell nicht. Die Kommission sollte aus den früheren Fehlern lernen, um mit übereilten Erweiterungen nicht die Akzeptanz der EU aufs Spiel zu setzen“.

Kommentar: Da hat sie Recht.

☞ **Eine Milliarde Euro für europäische Supercomputer**

Europas Unternehmen und Forscher sollen in Zukunft ihre Datenmengen in der EU selbst verarbeiten können. Dafür will die EU-Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten 1 Mrd. Euro in den Aufbau der ersten Supercomputer-Infrastruktur investieren. Supercomputer werden u.a. für Klimaforschung, Energieversorgung, neue Formen der Medizin und Cybersicherheit gebraucht. Durch die eigene Infrastruktur können auch Daten und Geschäftsgeheimnisse besser geschützt werden. Weil die EU noch nicht über die leistungsfähigsten Supercomputer verfügt, müssen Wissenschaftler und Unternehmen ihre Daten außerhalb der EU verarbeiten lassen. Ein neues gemeinsames Unternehmen EuroHPC soll eine europaweite Hochleistungsrecheninfrastruktur von Weltrang erwerben, aufbauen und einrichten. Den europäischen Forschern und Unternehmen sollen bis 2020 erstklassige Superrechner-Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Bisher investieren die Mitgliedstaaten jeder für sich allein in die Entwicklung und Anschaffung solcher Infrastrukturen – viel zu wenig im Vergleich zur Konkurrenz aus den USA, China oder Japan.

Kommentar: Es wird Zeit für einen digitalen Aufbruch in Europa!

☞ **Litauen startet Ausnüchterungsprogramm**

In Litauen ist mit dem neuen Jahr ein Gesetz in Kraft getreten, das Alkoholkonsum erst ab 20 Jahren erlaubt. Außerdem sind die Regeln für den Handel mit Alkohol verschärft worden. Das Portal Delfi, das erfolgreichste Internetmedium Litauens, ist empört: „Polen hat im vergangenen Jahr die Alkoholsteuer für kleine Brauereien gesenkt, weil kleine Unternehmen für das Land prioritär sind. Und was ist die Priorität unserer Regierung? Nüchternheit? Schwachsinn.... Der Alkoholschmuggel aus Belarus und Russland wird mit dem Ausnüchterungsprogramm der Regierungspartei nur ansteigen. Und der Alkoholtourismus nach Polen und Lettland wird weiter wachsen.“

Kommentar: Verboten, weil man noch zu jung ist? Das macht das Trinken doch erst richtig interessant.

Jürgen Bokr

Christa Wittern

Nur zur parteiinternen Verwendung gedacht!